Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 49 (1955)

Heft: 1-2: Verantwortung für Europa

Artikel: Weltrundschau : dem Atomkrieg entgegen? ; Bankerott [i.e. Bankrott] der "Politik der Stärke" ; Dritter Weg? ; Nachtrag

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139985

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dem Atomkrieg entgegen! Unsere Monatsschau muß diesmal, mit Rücksicht auf den besonderen Charakter des vorliegenden Heftes, kürzer als üblich sein. Die wichtigsten Weltereignisse sollen aber doch wenigstens in ihren Umrissen beleuchtet werden, damit der Zusammenhang unserer Darstellung einigermaßen gewahrt bleibt und zwischen Dezember- und Märzheft nicht ein allzu großer Unterbruch entsteht.

Das weitaus wichtigste Ereignis der Berichtszeit – die ja noch ins alte Jahr zurückreicht – ist der an der Pariser Tagung des *NATO-Rates* gefaßte Beschluß, einen künftigen Krieg mit den Ostmächten unter allen Umständen mit dem Einsatz von *Atomwaffen* zu führen, einerlei, mit was für Waffen der Gegner zunächst angreife. (Was selbstverständlich die Ostmächte veranlassen müßte, ihrerseits von Anfang an Atomwaffen einzusetzen, *wenn* sie überhaupt angreifen wollten.) Die Entscheidung über die Anwendung der *strategischen* Atomwaffen (zur Zerstörung des Hinterlandes) bleibe immerhin den Regierungen vorbehalten, die allein darüber zu befinden hätten, ob und wann der Kriegsfall vorliege; der Einsatz *taktischer* Atomwaffen (im Kampf gegen die feindlichen Armeen) sei Sache der Generäle.

Damit ist endgültige Klarheit über den Charakter eines neuen Weltkrieges geschaffen – eine grauenhafte, aber doch notwendige und vielleicht heilsame Klarheit. «Man überlege», so schreibt Bertrand Russell, der berühmte englische Mathematiker und Philosoph, in der Neuyorker «Nation» (18. Dezember 1954), «was in der ersten Woche eines Weltkrieges wahrscheinlich geschehen wird:

> Neuyork, Washington, London und Moskau werden vermutlich ausgetilgt werden. Ein großer Teil des Kaukasus-Öls wird in Flammen gesetzt, und die Verkehrswege in Rußland wie in Westeuropa werden zerrissen werden. Die Bevölkerungsteile, die etwa die Bombardierung überleben, werden verhungern, und jede geordnete Regierung wird durch anarchische Gewalt ersetzt werden. Alle Großstaaten werden zerfallen, wie Rom im 5. Jahrhundert zerfallen ist. Der Kommunismus wird ebenso verschwinden wie der moderne Kapitalismus. Die Vereinigten Staaten, Westeuropa, Rußland und China werden alle auf katastrophale Art zu leiden haben, und nichts wird dabei herauskommen, was irgendeine der Regierungen dieser Länder jetzt erstrebt.»

Die fürchterlichsten Verheerungen wird die *Wasserstoffbombe* anrichten, die an Wirkungskraft 25 000mal so stark ist wie die Atombombe von Hiroshima und doch leichter, schneller und billiger herzustellen ist als die 400 *modernen* Atombomben, denen eine einzige Wasserstoffbombe an Zerstörungskraft gleichkommt. Jules Moch, der französische Sozialist und Physiker, stellt in seinem Buch «La Folie des Hommes» fest, daß eine einzige H-Bombe Paris oder das Zentrum

von Neuyork vernichten könnte und fünfzehn zweckmäßig verteilte H-Bomben fast in allen Gemeinden Frankreichs Verwüstungen und Verluste bewirken müßten, die so groß wären wie diejenigen, die 6000 Atombomben hervorrufen würden. Andere Fachleute bezweifeln, ob die radioaktiven Stoffe, die durch die Explosion einer größeren Anzahl H-Bomben freigesetzt würden, überhaupt noch organisches Leben auf unserer Erde übrig lassen würden. Kurz: Krieg ist von jetzt an nichts anderes mehr als organisierter Selbstmord der Kriegführenden. Denn *beide* Militärlager, wie sie sich heute gegenüberstehen, haben ja sowohl die A- als die H-Bombe (und die sonstigen Massenvernichtungswaffen auch) und könnten, ja würden sich gegenseitig ausrotten, wenn es wirklich zum Krieg zwischen ihnen käme.

Kriegstechnik und Kriegführung sind im letzten Jahrzehnt einfach vollkommen revolutioniert worden. Und daraus ergeben sich auch für die Politik und das Völkerverhältnis revolutionäre Folgerungen. Vor allem die, daß alle *Rüstung* auf einen kommenden Krieg hin nunmehr *sinnlos*, ja ganz unmittelbar *lebensgefährlich* geworden ist[1]. Kein Staat darf mehr wagen, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, ganz gleichgültig, welchem Zweck der Krieg dienen sollte. Wenn man aber weiß, daß man ja doch keinen Krieg mehr führen darf, ohne sich selbst zu vernichten – was für einen Sinn hätte es dann noch, sich auf einen solchen Krieg vorzubereiten? Wenn man die Waffen, mit denen heute ein Krieg geführt werden müßte, ja doch nicht anwenden kann – wozu sollte man sie dann überhaupt noch bereitstellen?

Nun sagt man zwar, die Atomwaffen, die man hüben und drüben aufstapelt, hätten ja gar nicht den Zweck, im Ernst eingesetzt zu werden; sie dienten lediglich der Abschreckung des möglichen Gegners, der wissen müsse, daß er mit einem Angriff seinen eigenen Untergang herausfordere. Aber entstehen Kriege nur aus vorbedachtem Angriffswillen? Weiß man nicht, daß die Kriegsmaschinen ihre eigenen Gesetze haben und sozusagen von selber in Gang kommen, wenn sie einmal fertig aufmontiert sind und damit die politische Lage und die politi-

[1] Nur die Atomwaffen verbieten zu wollen, genügt nicht. Auch wenn man das fertigbrächte, blieben die «konventionellen» Waffen übrig, die noch friedensgefährlich genug wären. Warum also nicht gleich ganz abrüsten? *Wenn* man schon den Atomkrieg verbieten könnte, so könnte man auch gleich den Krieg überhaupt verbieten; es wäre psychologisch nicht schwieriger als wenn man nur die heute wichtigste Kriegswaffe verbieten wollte. Aber man *kann* gar nicht allein die Atomwaffen herausgreifen. Die Westmächte erwidern ja sofort, ohne Atomwaffen seien sie der Sowjetunion und China mit ihren gewaltigen Infanteriemassen hoffnungslos unterlegen. Und die Russen und Chinesen erwidern dann *darauf* wieder, die Westmächte hätten dafür eine weit überlegene Kriegsflotte und Luftwaffe und eine ungleich leistungsfähigere Wehrwirtschaft. Man müßte also sämtliche Wehrmachtzweige in einen Plan für die Rüstungsverminderung einbeziehen, damit die Spieße gleich lang würden — und über einen solchen Plan wird sich nie eine Einigung erzielen lassen. Jeder wird meinen, der andere komme eben doch besser weg. Somit bleibt keine andere Wahl als die völlige Abrüstung.

schen Entscheidungen verhängnisvoll beeinflussen, statt nur ein Werkzeug in der Hand der Regierungen zu sein? Kann nicht ein dritter Weltkrieg ausbrechen, auch wenn keine der beiden Mächtegruppierungen ihn will – zum Beispiel im Gefolge eines «begrenzten», nur regional gedachten Krieges, der lediglich mit den hergebrachten, also den nichtatomischen Waffen oder doch höchstens mit *taktischen* Atomwaffen geführt wird? Wäre nicht die Gefahr eines Weltkrieges riesengroß gewesen, wenn Amerika, wie es höchstgestellte Militärs und Staatsmänner wollten, mit taktischen Atomwaffen in den Schlußkampf um Indochina eingegriffen hätte? Überhaupt: wo ist die Grenze zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen? Liddell Hart, der bekannteste englische Militärschriftsteller, bemerkte erst letzthin in einem Brief an die «Times»:

«Es ist schwer und wird immer schwerer, eine Grenzlinie zwischen ‚taktischer' und ‚strategischer' Aktion mit solchen Waffen zu ziehen und aufrechtzuerhalten. Es ist daher äußerst zweifelhaft, ob diese Waffen eingesetzt werden könnten, ohne einen allgemeinen Krieg mit Wasserstoffbomben auszulösen. In einem solchen Krieg hätten die Armeen (mit ihren taktischen Luftstreitkräften) nur wenig Wert, die die Nordatlantikpaktorganisation zur Verteidigung Westeuropas aufbaut.»

Die ganze westdeutsche Aufrüstung wird dadurch von vornherein militärisch sinnlos; angesichts der Gewißheit, daß ein Krieg zwischen Ost- und Westblock vom ersten Tag an mit Atomwaffen geführt würde, kommt ein paar Dutzend westdeutschen Divisionen für die «Verteidigung des Westens» ebensowenig Bedeutung zu wie den berüchtigten 175 russischen Divisionen für einen Angriff gegen den Westen.

Es bleibt also dabei: Alle Rüstung auf einen neuen Krieg hin, den kein Staat mehr wollen und zweckvoll führen kann, ist überlebt, und zwar gleichgültig, ob sich nun die Rüstung nur auf die «konventionellen» Waffen oder auch auf Atomwaffen bezieht. Das gilt nicht zuletzt auch für die *Schweiz*. Man will uns zwar einreden (siehe zum Beispiel «Neue Zürcher Zeitung» 1954, Nr. 1928), es gebe wahrscheinlich in Zukunft nur noch «kleine Kriege», etwa im Maßstab der Kämpfe um Korea und Indochina, und da könne und müsse «auch der Kleinstaat mit seinem beschränkten Ziel der Verteidigung des eigenen Bodens mit der Umwelt Schritt halten», besonders wenn er ebenfalls taktische Atomwaffen zur Verfügung habe. Und tatsächlich stand ja, wie die Zeitungen berichteten, die jüngste operative Jahresübung, die in Bern unter Leitung des Generalstabs und des Militärdepartements stattgefunden hat, diesmal ganz im Zeichen des Atomwaffeneinsatzes. Aber wir fürchten, unsere «Verteidigungsplaner» seien noch so sehr in den alten Vorstellungen von Kriegsrüstung und Kriegführung befangen, daß sie – trotz allen Neuerungen, auf die sie erpicht sind – der neuen Wirklichkeit gegenüber einfach blind sind. Wenn sich einmal der

Atomkrieg – und es gibt keinen anderen europäischen Krieg mehr, auf den sich die Schweiz einstellen müßte – unseren Grenzen entgegenwälzen würde, dann würden wir in den allgemeinen Untergang Europas auch dann hineingezogen werden, wenn die Schweiz militärisch gar nicht bedroht wäre. Eine mit strategischen wie taktischen Atomwaffen kämpfende Großmachtsarmee aber mit unseren Kleinstaatsmitteln vom Einbruch in die Schweiz abschrecken oder gar einen bereits eingebrochenen Feind mit Kavallerie, Centurionpanzern und Venomflugzeugen zurückwerfen zu wollen, das wäre nicht viel sinnvoller, als wollte man einen Vulkanausbruch mit seinen Lavaströmen und Aschenregen durch einen Lattenhag abwehren. Auch aller Luftschutz müßte in einem Zukunftskrieg wirkungslos bleiben. Um nochmals Liddell Hart anzuführen:

«Um solch einer Katastrophe (der Zerstörung eines Landes durch H-Bomben) vorzubeugen, müßte es die Luftabwehr gleich im Anfang auf einen fast hundertprozentigen Erfolg im Abfangen von Flugzeugen bringen, und das ist beinahe unvorstellbar ... Auf jeden Fall gibt es jetzt und in absehbarer Zukunft kein Mittel, um ferngelenkte Atomgeschosse abzufangen.»

Wenn das für eine militärische Großmacht zutrifft, wie viel mehr für unsere kleine Schweiz!

Bankerott der „Politik der Stärke" Soviel über den Wert von defensiven Kriegsrüstungen im Blick auf den wirklichen Charakter eines künftigen Völkerkrieges. Aber die Westmächte verstehen ja ihre Kriegsrüstung keineswegs in erster Linie als Abschreckungs- und Verteidigungsmittel gegenüber einem russischen Angriff, der sonst käme (daran glaubt kein ernstzunehmender Staatsmann in Europa oder Amerika); sie wollen die Rüstung vor allen Dingen als *Druck- und Drohmittel* benützen, um gewisse weitreichende politische Forderungen gegenüber der Sowjetunion durchzusetzen, ja diese zur Kapitulation zu zwingen und den Ostblock aufzulösen. Vor allem hatte die *Atombombe* und nachher die Wasserstoffbombe diesen Zweck – solange mindestens, als die Westmächte, das heißt die Vereinigten Staaten, im Alleinbesitz dieser Waffen waren. Aber diese Voraussetzung ist ja dahingefallen, seit auch die Sowjetunion A- und H-Bomben herzustellen weiß. Die Russen, so stellt der «New Statesman» fest (18. 12. 54),

«... produzieren jetzt H-Bomben von fast unbegrenztem Ausmaß und in fast unbegrenzter Menge, und in ein paar Jahren werden sie imstande sein, diese Bomben in jedem Teile der westlichen Welt, eingeschlossen Nordamerika, abzuwerfen. Die Krise, vor die sich die NATO-Minister ... gestellt sehen, besteht in der Erkenntnis, daß ihre Hauptverteidigungslinie, die gerühmte westliche Überlegenheit an nichtkonventionellen Waffen, plötzlich und dramatisch zusammengebrochen ist ... Da sich der Westen nicht mehr länger auf seine Atomwaffen als erste Verteidigungslinie verlassen kann, so ist das Nettoergebnis des Wettrüstens, das von allen NATO-Mäch-

ten im Jahr 1950 eingeleitet worden ist, eine entscheidende Verschiebung des militärischen Machtgewichtes zugunsten der Sowjetunion. Der Westen war im Jahr 1949 relativ ein gut Teil stärker, als er 1954 ist. Und solange das Wettrüsten weitergeht, wird sich das Gewicht nur immer mehr zugunsten der Russen verschieben. Die Zeit für Verhandlungen über die Bedingungen einer Koexistenz ist jetzt gekommen (und dauert vielleicht nicht lange an) — nicht weil wir, wie man gewöhnlich behauptet, so stark geworden sind, sondern weil unsere Stellung gegenüber den Russen mit solcher Schnelligkeit schwächer wird.»

Das ist die ganz einfache Wahrheit. Die berühmte «Politik der Stärke», von der noch immer in jeder Rede westlicher Politiker und Militärs, in jedem Artikel der «freien» westlichen Presse als der einzig möglichen Haltung gegenüber den kommunistischen Oststaaten die Rede ist, diese ganze Politik ist tatsächlich bankerott, weil ihre militärischen Voraussetzungen dahingefallen sind und sich die waffenmäßige Überlegenheit der Westmächte immer mehr in Unterlegenheit verwandelt. Die Russen haben gar keinen Grund mehr, sich durch die Drohung mit dem Atomkrieg einschüchtern zu lassen; sie können ihn *auch* führen, wenn's nötig ist, und damit wenn nicht Amerika, so gewiß dessen europäische Verbündete viel schwerer treffen, als sie selber – bei der Größe ihres Landes – durch Atombomben irgendwelcher Art zu treffen sind.

Wenn diese Erkenntnis – und die Einsicht in die Nutzlosigkeit, ja tödliche Gefährlichkeit aller, auch der defensiven Kriegsrüstungen im Zeitalter des Atomkrieges – noch nicht Allgemeingut der Völker und Volksvertretungen geworden ist, so ist daran eine Reihe von Umständen schuld. Zunächst die Trägheit unserer Phantasie, die sich nur schwer und langsam die ungeheure Bedeutung der Revolution in der Kriegstechnik vorstellen kann. An dieser Trägheit nehmen besonders auch die Militärs teil, die als «Fachleute» doppelt blind in die alten Methoden der Kriegführung verrannt sind und für die der Verzicht auf die Ausübung ihres Handwerkes fast der Preisgabe ihres Lebensinhalts gleichkäme. In geringerem Maße gilt das aber auch für das Soldatentum und das militärische Denken und Fühlen überhaupt, hinter dem eine jahrhundertealte Überlieferung mit all ihrem Glanz und Ruhm steht. Für den Durchschnittsschweizer zum Beispiel ist ja eine Schweiz, die keine Armee mehr hat, überhaupt keine Schweiz mehr. Vergessen wir ferner nicht das Interesse, das die herrschenden Klassen an der Aufrechterhaltung des Militärs als sicherster Stütze ihrer «Ordnung» haben, und an das womöglich noch stärkere Interesse des Spätkapitalismus an massiven Kriegsrüstungen als Mittel, um dem sonst unvermeidlichen Zusammenbruch des «freien Unternehmertums» zu entgehen. Und schließlich mag bei den Westmächten immer noch die Hoffnung bestehen, man werde mit den kommunistischen Oststaaten militärisch doch noch fertig werden, wenn man nur rechtzeitig zum Schlag komme und nicht warte, bis die Russen, Chinesen usw. endgültig unbesiegbar geworden seien.

So wird nun eben die «Politik der Stärke» unverdrossen weiter betrieben, gleich als ob eine Realität dahinter stünde und nicht nur ein Trugbild. Vor allem wird die *Wiederaufrüstung Westdeutschlands* mit einer Entschlossenheit und Zähigkeit ins Werk gesetzt, die wahrlich einer besseren Sache würdig wären. Der Hauptkampf spielt sich dabei in Westdeutschland selbst und in *Frankreich* ab; die anderen Vertragsstaaten der «Westeuropäischen Union» bieten keine ernstlichen Schwierigkeiten für die Ratifizierung der Pariser Abkommen mehr. Auch Frankreichs Zustimmung schien zuerst gesichert, hatte es Mendès-France doch verstanden, der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» Nr. 2 ein annehmbareres Gesicht zu geben als ihrer mißratenen Vorgängerin. Innenpolitische und persönliche Gründe wirkten aber dann mit der außenpolitisch begründeten Gegnerschaft gegen die Pariser Verträge so merkwürdig zusammen, daß eine erste Abstimmung in der französischen Nationalversammlung eine allgemein überraschende Mehrheit *gegen* die Vorlage ergab. Nur dem Hochdruck aus Washington und London, der sofort in der gröbsten Form einsetzte, verdankt es Mendès-France, daß in der endgültigen Abstimmung, zwischen Weihnachten und Neujahr, doch noch eine wenn auch geringfügige Mehrheit *für* die Wiederaufrüstung Westdeutschlands zustande kam. Trotzdem war es infolge von Enthaltungen und Abwesenheiten nur eine Minderheit von Abgeordneten, die tatsächlich die Pariser Verträge guthieß, weil ihr ein gespaltenes Deutschland, dessen eine Hälfte (vermeintlich) unter westmächtliche Kontrolle zu stehen komme, immer noch als das kleinere Übel erscheint gegenüber einem zwar vorderhand entwaffneten und neutralisierten, aber einigen und für die Zukunft ganz unberechenbaren, vielleicht mit der Sowjetunion verbündeten Deutschland. Und natürlich fürchteten diese Politiker, durch Ablehnung der Wiederaufrüstung Westdeutschlands werde sich Frankreich die militärische und wirtschaftliche Hilfe Amerikas endgültig verscherzen und in eine Vereinsamung gedrängt werden, die es vollends jeden maßgebenden Einflusses auf die Gestaltung der Geschicke Europas berauben müsse.

Eine grundlose Furcht – wenigstens vom Standpunkt des nationalen Gesamtwohles Frankreichs aus, wenn schon nicht von demjenigen klassenmäßiger Sonderinteressen! Denn Amerika ist militärisch und politisch mindestens so sehr auf Frankreich angewiesen wie dieses auf Amerika, das ja seine Europapolitik überhaupt nicht mehr fortsetzen und erst recht keinen Krieg in Europa führen könnte, wenn es nicht Frankreich fest und mit vollem Einsatz auf seiner Seite hätte, schon der über Frankreich führenden Nachschublinien wegen. Und was die französische Wirtschaft anbelangt, so hängt deren Erneuerung und künftiges Gedeihen entscheidend gerade davon ab, daß sich Frankreich aus der Abhängigkeit vom amerikanischen Kapitalismus mit seiner

ständigen Krisenanfälligkeit freimacht und den Weg zu einer sozialistischen Planwirtschaft entschlossen wieder beschreitet, von dem es durch das Eingreifen Amerikas nach Kriegsende abgedrängt worden ist. Frankreich könnte damit geradezu Führerin einer großen Widerstands- und Befreiungsbewegung werden, die Westeuropa seine Unabhängigkeit zurückgäbe und ihm auf neuen Grundlagen eine würdige Stellung in der Welt sicherte. Diese wohl einzigartige Gelegenheit hat Frankreich aus der Hand gegeben, indem es sich abermals, und fester als je, vor Amerikas Kampfwagen spannen ließ. Die Verantwortung dafür fällt vor der Geschichte in erster Linie auf Ministerpräsident Mendès-France, der aus den verschiedensten Beweggründen, unter denen seine Eitelkeit – der Wunsch, als Retter und sichere Stütze des Atlantikbundes zu gelten – nicht der schwächste ist, die Kapitulation Frankreichs vor Amerika unterzeichnet und in der Nationalversammlung durchgedrückt hat. (Der Senat wird wohl folgen müssen, wenn er auch vielleicht neue Schwierigkeiten für die Ratifikation schafft.)

Ob Mendès-France damit viel gewonnen hat, erscheint allerdings fraglich. Er hat – vorläufig – wohl *politisch* triumphiert, aber *moralisch* eher eine Niederlage erlitten. Denn das kann man ja mit großer Sicherheit sagen: die Volksmehrheit steht in der Deutschlandfrage nicht hinter ihm. «Cité Nouvelle», das Organ des französischen Christianisme social, stellt (13. 1.) unumwunden fest, «daß die Verträge mit ihrem Kernstück, der Wiederaufrüstung Westdeutschlands, abgelehnt worden wären, wenn sie einer Volksabstimmung unterbreitet worden wären. Aber die Nationalversammlung ist eben zum großen Teil aus beeinflußbaren Menschen zusammengesetzt und vor allem aus einem unmoralischen Wahlverfahren hervorgegangen, das aus ihr ein verzerrtes und falsches Abbild der Nation macht, die sie zu vertreten beansprucht.» Ohne dieses erst vor wenigen Jahren eingeführte Wahlverfahren, das beispielsweise die kommunistische Fraktion künstlich von 182 auf 97 Abgeordnete herabgedrückt hat, wären tatsächlich die Pariser Verträge niemals angenommen worden. Und nun will Mendès-France gar eine weitere «Wahlreform» durchsetzen, die durch Rückkehr zur Mehrheitswahl in Einerkreisen, neben einer Schwächung der katholischen Volksrepublikaner, nach den bisherigen Berechnungen den Kommunisten höchstens noch 25 Sitze lassen würde! Ob die von der Regierung in Aussicht gestellte Vorlage im Parlament durchgehen wird, ist noch die Frage. (Nebenbei: seine Gesetze zur Bekämpfung des Alkoholismus hat Mendès angesichts der ohnehin zunehmenden Widerstände gegen seine Politik sang- und klanglos zurückgezogen...). Sicher verbessert aber die Regierung auf weitere Sicht ihre innenpolitische Stellung durch einen solchen Betrug – man kann es nicht anders heißen – in keinerlei Weise, ganz im Gegenteil. Und für Amerika vollends verliert ein Bundesgenosse (oder Satellit), dessen Macht im

Volke selbst der echten Verwurzelung entbehrt, sowieso immer mehr an Wert. Es muß sich wohl oder übel im gleichen Maße, da Frankreich ein zweifelhafter Posten wird, stärker auf England und auf Westdeutschland stützen – vorausgesetzt, daß im Bonner Parlament die Ratifikation der Pariser Verträge infolge des Zusammengehens der bürgerlichen Opposition gegen die Saarabmachungen mit der sozialdemokratischen Opposition gegen die sofortige Wiederaufrüstung nicht überhaupt scheitert.

Wie dem aber auch sei: die «Politik der Stärke», mit der die Sowjetunion auf die Knie gezwungen werden soll, ist bereits verurteilt. Moskau wird sich auch durch die Wiederbewaffnung Westdeutschlands nicht zur Räumung Ostdeutschlands bewegen lassen, ohne Sicherheit zu haben, daß ein geeinigtes Deutschland nicht den westmächtlichen Militärblock verstärken werde. Die jüngste Erklärung der Sowjetregierung hat das abermals unmißverständlich klar gemacht, und wir glauben, daß sie durchaus ernst zu nehmen ist. Eine Viermächtekonferenz *nach* der Inkraftsetzung der Pariser Verträge kann darum wirklich keine echte Entspannung des West-Ost-Verhältnisses bringen; sie kann höchstens zu jener vorläufigen Scheinkoexistenz der beiden feindlichen Hälften Europas führen, die wir in unserer letzten Rundschau bereits gekennzeichnet haben. Und das heißt, daß die Gefahr weiterbesteht, ja durch die Bildung einer neuen westdeutschen Wehrmacht noch gesteigert wird, der kalte Krieg werde über kurz oder lang in den heißen Krieg umschlagen, der nicht die Unschädlichmachung des Kommunismus bringen würde, wohl aber die Zurückwerfung Europas in Barbarei und Chaos, mindestens aber das Ende des Kapitalismus in unserem Erdteil – und darüber hinaus.

Dritter Weg! Die *Gefahr* besteht weiter, sagten wir; aber sie muß nicht zur Tatsache werden. Unsere große Hoffnung bleibt, daß die Gegenkräfte gegen das blinde, schicksalshafte Walten der Kriegsmächte noch rechtzeitig stark genug werden, um das Ärgste zu verhindern. Wir rechnen dazu namentlich auch die Bildung einer *«Dritten Kraft»* (aber nicht eines dritten Machtblockes) neben den beiden großen Weltblöcken, mit den fünf *südostasiatischen* Staaten Indien, Pakistan, Burma, Ceylon und Indonesien als Kern und Jugoslawien als «zugewandtem Ort» in Europa. Titos Asienreise war bereits eine wohlüberlegte Demonstration des Willens zur Organisierung dieses neutralen Lagers, das den Zusammenstoß von Ost und West verhindern will; und die von den erwähnten fünf Staaten auf Ende April einberufene Konferenz der Völker Asiens und Afrikas kann geradezu ein Weltereignis werden, wenn sie wirklich zu dem Block der einstmaligen Kolonialländer führt, der ihren Initianten vorschwebt. Natürlich stößt diese Bewegung vor allem auf den Widerstand der Vereinig-

ten Staaten, die Asien und mehr und mehr auch Afrika planmäßig zu *ihrer* Domäne zu machen streben. Es ist so, wie unlängst auch ein sozialdemokratisches Blatt, die «Freie Innerschweiz» in Luzern (4. Januar), feststellte:

«In vier großen Ländern des Orients, in der Türkei, in Ägypten, Persien und Pakistan haben die USA alsbald nach der Amtsübernahme der Republikaner den Kurs einer *diktatorischen Lösung der «orientalischen Frage»* entschlossen verschärft. In allen vier Ländern haben sie darauf bestanden, daß jede den Zielsetzungen Washingtons entgegenstehende Opposition, gleichviel ob links- oder rechtsorientiert, ausgeschaltet und notfalls mit außerordentlichen Maßnahmen liquidiert wird ... Die Militärs unterstützen diese «Politik der Stärke» und halten sie, wie Admiral Radfords Erklärungen gezeigt haben, aus strategischen Gründen für notwendig. Nach ihrer Meinung stehen die USA weltpolitisch im Hinblick auf Asien heute vor derselben Situation, die sie von 1845 bis 1914 in Amerika durch die «Zähmung» Mexikos und durch die Unterwerfung der lateinamerikanischen Länder zu meistern hatten und der sie nach Errichtung von Militärstützpunkten bis Portorico und Panama ja auch tatsächlich Herr geworden sind.»

Die «Amerikanisierung» Asiens, so glaubt der Verfasser des Artikels, werde freilich kaum so leicht gelingen:

«Allzusehr und selbst für alte orientalische Begriffe allzu ausschließlich ist jetzt in den vier Ländern die Regierung ein Polizei- und Militärregime geworden, dessen amerikanische Herkunft unverkennbar ist und das wenig Aussicht hat, in Asien den gleichen Nährboden zu finden wie in Lateinamerika.»

Dem Block der Antikolonialisten, der im Entstehen ist, bietet sich hier auf jeden Fall gleich eine dankbare Aufgabe, deren Lösung nur dadurch erschwert wird, daß die *Regierungen* der vier Länder, in denen die Opposition ausgeschaltet ist, mit bisheriger Ausnahme Ägyptens, weltpolitisch bereits im amerikanischen Lager stehen und insofern keine neutrale Rolle zu spielen vermögen. Die «Dritte Kraft» kann schon darum nicht allein auf territorialer Grundlage gebildet werden; sie muß vor allem *grundsätzlichen, weltanschaulichen* Charakter bekommen. Das ist es in der Tat, was eine junge Gruppierung anstrebt, die sich die Bewegung des *«Dritten Weges»* nennt und in den letzten Tagen des Jahres 1954 in Laren bei Amsterdam eine erste europäische Konferenz abgehalten hat. Der Schreibende nahm an ihr als Vertreter der «Neuen Wege» teil und möchte auch hier ein paar Worte dazu sagen.

In Holland besteht schon seit etlichen Jahren eine Vereinigung «Dritter Weg», die, unabhängig von den beiden Weltblöcken und ihren geistigen wie sozialen Antriebskräften, eine Lösung der internationalen Konflikte etwa in der Richtung eines sittlich begründeten freiheitlichen Sozialismus sucht. (Ihr Gründungsaufruf ist seinerzeit auch in den «Neuen Wegen» veröffentlicht worden.) Die eigentliche Anregung zu der Konferenz von Laren ging aber von der Tagung der Kriegsdienstgegner (War Resisters International) aus, die im vergangenen Sommer in Paris stattfand. Das antimilitaristische Element, namentlich durch Engländer vertreten, herrschte denn auch an der

Konferenz durchaus vor. Natürlich konnten die dreitägigen Aussprachen noch keinerlei Einigung auf bestimmte Richtlinien und Aktionen bringen; dafür sind die Probleme zu mannigfaltig und zu verwickelt. Immerhin wurde beschlossen, eine Stelle für die Sammlung und Weitergabe von Material über die Entwicklung zu einem «Dritten Weg» hin («Dokumentationszentrum») zu schaffen, ein europäisches Verbindungskomitee zu begründen und im kommenden Herbst in London eine Weltkonferenz des «Dritten Weges» abzuhalten.

Grundsätzlich herrschte in Laren wohl Übereinstimmung über die drei leitenden Gedanken der Bewegung: Radikale Strukturänderung auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet; Ablehnung aller Gewaltlösungen; Unabhängigkeit ebenso von der amerikanisch-kapitalistisch orientierten Mächtekoalition des Westens wie vom russisch-kommunistisch eingestellten Machtblock des Ostens. Die Schwierigkeiten begannen erst bei der praktischen Anwendung dieser Grundsätze. Zunächst besteht noch keine einheitliche Auffassung darüber, ob der «Dritte Weg» (dessen britischer Zweig sich übrigens bisher «Drittes Lager» genannt hat) nur die Schaffung der Grundlagen für eine neue Welt- und Gemeinschaftsordnung und damit für einen dauernden Frieden als Ziel haben soll (wie von englischer Seite erklärt wurde), oder ob er auch (wie der Schreibende annahm) konkret an der Verhinderung eines neuen Weltkrieges, an der Sicherung eines, wenn auch nur vorläufigen Nichtkriegszustandes mitarbeiten soll. Darüber muß erst noch Klarheit werden.

Die Hauptfrage scheint mir aber zu sein, wie sich eine Bewegung des «Dritten Weges» zu den beiden großen Machtlagern unserer Zeit verhalten soll.

Entsprechend der vor allem pazifistisch-gewaltgegnerischen Einstellung der Initianten der Larener Konferenz schien die Mehrheit der Teilnehmer den Gegensatz der beiden großen Weltlager allzusehr als bloßen Machtkampf zweier militärischer Koalitionen anzusehen, die zwar entgegengesetzte soziale und politische Ziele verfolgten, aber als Gewaltgebilde doch auf die gleiche Linie zu stellen und in gleicher Weise abzulehnen seien. Der eigentliche Inspirator des «Dritten Weges», der amerikanische Pazifist A. J. Muste, bringt diese Auffassung immer wieder in seiner kürzlich erschienenen Schrift «The Camp of Liberation» («Das Befreiungslager») zum Ausdruck. «Auf der einen Seite der hochgerüstete amerikanische Machtstaat und das ‚privatkapitalistische' sozialwirtschaftliche Regime, das mit ihm verbunden ist, und auf der anderen Seite der hochgerüstete russische Machtstaat mit seinen Verbündeten oder Satelliten und das sozialwirtschaftliche Regime des totalitären Kommunismus» – das seien die beiden Lager, über die der «Dritte Weg» hinausführen müsse, hin zu «einem Regime, einer Lebensform, die vom amerikanischen Kapitalismus und vom

totalitären Kommunismus gleichermaßen unterschieden sind». Und diese Auffassung – gleichmäßiger Abstand von beiden Lagern, keinerlei «einseitige» Stellungnahme, Brückenschlagen zwischen Ost und West – kam auch an der Konferenz, in privaten Gesprächen wie in der allgemeinen Diskussion zum Ausdruck. Als beispielsweise eine Resolution vorgeschlagen wurde, die die vier Besetzungsmächte aufforderte, die Einigung Deutschlands auf Grund von freien Wahlen, Neutralität und Abrüstung zu suchen, da bemerkte der Schreibende, die Aufforderung könne sich eigentlich nur an die drei Westmächte richten, die eine *solche* Lösung der deutschen Frage ja gerade *nicht* wollten, während die Sowjetunion sie immer wieder anbiete. Aber sofort wurde erschrocken abgewunken, besonders von den beiden deutschen Pazifisten, die befürchteten, der «Dritte Weg» werde als kommunistenfreundlich denunziert, wenn die Entschließung nur an den Westen adressiert werde. Und so wurden eben auch wirklich alle vier Mächte in gleicher Weise angesprochen, womit die strikte Unparteilichkeit und Neutralität des «Dritten Weges» bewiesen war . . .

Unsere Leser wissen, daß ich diese Art von Abstandhalten und Gleichbehandlung nicht mitmachen kann. Das ist Geometrie (oder, wenn man will, Equilibristik), nicht lebendige Stellungnahme, die eben immer eine *Entscheidung für das Rechte* fordert – auch wenn diese Entscheidung, wie in einem vor Gericht ausgetragenen Rechtshandel, für die eine Partei günstiger ausfällt als für die andere. Ich kann tatsächlich West- und Ostblock nicht auf die gleiche Linie stellen, mindestens nicht in bezug auf die Kriegsgefahr, die ich vor allem als vom Westblock her drohend ansehe. Und auch darüber hinaus ist für mich das, was wir am Kommunismus verwerfen müssen – sein Materialismus, sein Gewaltwesen, sein Totalismus – zum großen, wenn nicht überwiegenden Teil nur die Wirkung der gleichen Sünden des westlichen Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus, die Wirkung namentlich auch des Versagens der westlichen Demokratie und des westlichen Christentums gegenüber der sozialen Frage bei den «fortgeschrittenen» wie bei den «rückständigen» Völkern. Das, so glaube ich, müssen wir ganz klar erkennen und ohne Rücksicht auf die Folgen für unsere Respektabilität offen bekennen. Dann finden wir allein jenen dritten Weg, der über den Kampf der beiden Machtgruppierungen hinausweist und auf den wir beide Teile zu führen suchen müssen. Und dann allein können wir wirklich zur Brücke zwischen West und Ost (wenn man schon diese nun einmal weltläufigen Begriffe gebrauchen will) werden, während wir unsere Aufgabe nicht erfüllen können, wenn wir uns von vornherein, gleichsam dogmatisch, einer «Unparteilichkeit» befleißigen, die nur auf Kosten einer Verkennung oder künstlichen Zurechtbiegung der Tatsachen des Weltkampfes unserer Zeit gehen kann. Daß sich diese Haltung auch in der Gruppierung des

«Dritten Weges», wie sie in Laren eine erste Form zu ertasten suchte, durchsetzen möge, ist unser lebhafter Wunsch.

22. Januar. *Hugo Kramer*

Nachtrag. Seit dem Abschluß der vorliegenden Weltrundschau hat sich die Lage in *Ostasien* alarmierend verschärft. Präsident Eisenhower hat sich vom amerikanischen Parlament die Vollmacht geben lassen, nötigenfalls USA-Streitkräfte zur Verteidigung von *Formosa* einzusetzen, während sich die Regierung der Chinesischen Volksrepublik auch durch die amerikanische Kriegsdrohung nicht von der gewaltsamen Angliederung Formosas abhalten lassen will. Natürlich hat China ein Recht auf Formosa, das die Westmächte selbst ihm längst zugesprochen haben, und die beständige Drohung der Regierung Tschiang Kai-schek mit einem Angriff auf «Rotchina» verleiht dem Anspruch Pekings noch mehr Recht. Amerika setzt sich darum klar ins Unrecht, wenn es jetzt schützend seine Hand über das korrupt-reaktionäre Regime von Formosa hält und die Insel als Stützpunkt für eine spätere militärische und/oder politische Aktion gegen das kommunistische China benützen will. Die Verantwortung für einen kriegerischen Zusammenstoß, falls es wirklich soweit käme, würde so in erster Linie auf die Vereinigten Staaten fallen.

Aber anderseits könnte auch China es nicht verantworten, der amerikanischen Drohung zum Trotz nun erst recht gegen Formosa loszuschlagen. Es müßte sich zwar vor Amerika demütigen und vor seinem Waffengerassel zurückweichen, aber diese Selbstüberwindung *muß* man von ihm verlangen. Das letzte Wort werden ja die amerikanischen Kriegsschiffe und Atombomber doch nicht sprechen; Formosa wird früher oder später zu China zurückkehren und China in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. Solange heißt es eben die Geduld bewahren, für die die Chinesen so berühmt sind. Zwischen amerikanischer Gegenrevolution und chinesischer Gewaltrevolution gibt es einen dritten Weg, auf den die beiden Parteien zu leiten das innigste Anliegen aller Friedensgeister auf der Welt sein muß.

29. Januar. *H. K.*

Hinweis auf Literatur

Über die Europafrage gibt es bereits ein sehr ausgedehntes Schrifttum. Die allermeisten Bücher und Zeitschriften, die sich mit einer Neugestaltung Europas beschäftigen, suchen indessen die europäische Einigung in einer Richtung, die wir im vorstehenden Aufsatz abgelehnt haben. Von den uns bekannten Büchern und Schriften über die Europafrage sind es nur ganz wenige, die sich dem von uns entwickelten Gedankengang nähern. Wir nennen insbesondere:

G. D. H. Cole, «Labour's Foreign Policy» (1946);
G. D. H. Cole, «The Intelligent Man's Guide to the Post-War Problems» (1947);
K. Zilliacus, «Mirror of the Present» (ohne Jahreszahl);
Walter Fließ, «Die Wirtschaft im Neuen Europa» (1944);
J. C. Rossaint, «Zur Außenpolitik Deutschlands» (1954).

Von neueren Zeitschriftenaufsätzen seien erwähnt:

Jean Duret, «Vers l'Europe allemande?» («Cahiers Internationaux», Paris, Nr. 49);
Jean-Marie Domenach, «Quelle Europe?» («Esprit», Paris, Novembre 1948);
Jean-Marie Domenach, «La fausse Europe» (ebenda, Avril 1953);
J. Alvarez del Vayo, «Little Europe and Big Germany» («The Nation», New York, October 10, 1953).

Außer in den soeben genannten Zeitschriften finden sich fortlaufend in unserem Sinn gehaltene Artikel über die Europafrage im «*New Statesman*» und in den «*Peace News*» (beide in London erscheinend), in der «*Monthly Review*» (Neuyork) und im «*Zeitdienst*» (Zürich). *H. K.*